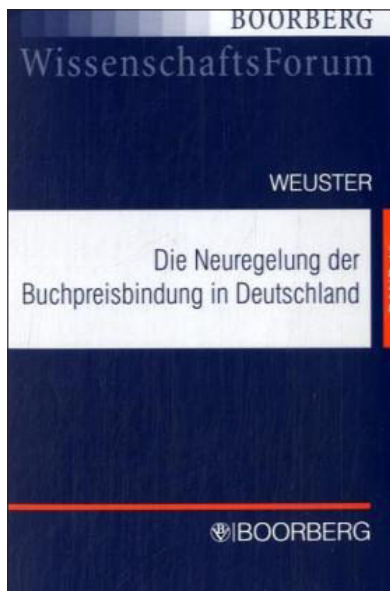


■ **Anna Weuster: Die Neuregelung der Buchpreisbindung in Deutschland. Eine Gesamtdarstellung und Analyse des Buchpreisbindungsgesetzes unter besonderer Berücksichtigung der Frage der verfassungs- und europarechtlichen Vereinbarkeit (= Boorberg-Wissenschafts-Forum 15), Stuttgart, München [u.a.]: Boorberg, 2007, 200 S. ISBN: 978-3-415-03980-3 EUR 39,80 [D] / 41,- [A]**



Die Buchpreisbindung ist wieder im Gespräch. Im November 2007 hat der österreichische Oberste Gerichtshof (OGH) ein Verfahren, das der Fachverband der Buch- und Medienwirtschaft gegen die Libro-Buchhandelskette angestrengt hatte, unterbrochen, um dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) eine Vorlagefrage zu stellen.¹ Letztinstanzlich entscheidende Gerichte sind bei Zweifeln über die Auslegung des EG-Vertrags verpflichtet, sich an den EuGH zu wenden. Dieses Auslegungsmonopol dient der Einheitlichkeit der Interpretation des EU-Rechts. Etwa 45% der Rechtsprechung des EUGH ergeht in Vorabentscheidungsverfahren, wobei dieser in letzter Zeit etwa 19 bis 20 Monate zur Vorabentscheidung benötigte. Mitte 2009 könnte somit eine Entscheidung fallen.

Der OGH lässt nun klären, ob die Import- und Reimportsklauseln des Buchpreisbindungsgesetzes der Warenverkehrsfreiheit nach Art. 28 EG widersprechen und allenfalls durch allgemeine kulturelle Interessen gerechtfertigt sein könnten (Art. 30 EG). Weiters wird gefragt, ob diese Klauseln, sollten sie auch der Warenverkehrsfreiheit entsprechen, nicht doch einen Wettbewerbsverstoß darstellen, da der Staat durch das Buchpreisbindungsgesetz eventuell kartellähnliche Wirkungen verstärkt, die als gegen das europarechtliche Zielgefährdungsverbot (Art. 3 lit g iVm Art. 10 und 81 EG) gerichtet interpretiert werden könnten.

Vor diesem Hintergrund ist ein Studium auch der deutschen Rechtslage durchaus sinnvoll, denn das deutsche und das österreichische Buchpreisbindungsgesetz kann man fast als Normenzwillinge bezeichnen. So sind die Import- und Reimportsklauseln auch im deutschen Gesetz zu finden. Beide Gesetze hatten sich zudem am französischen Buchpreisbindungs-

gesetz („loi Lang“) orientiert und insbesondere die Ergebnisse bisheriger EuGH-Verfahren gegen dieses Gesetz berücksichtigt.

Die vorliegende, gerade erschienene Arbeit von Anna Weuster behandelt das Thema umfang- und kenntnisreich. Nach einer lesenswerten kurzen Entwicklungsgeschichte der Buchpreisbindung in Deutschland und einem Rechtsvergleich mit buchpreisgebundenen (Österreich, der Schweiz, Frankreich), buchpreissubventionierenden (Schweden) und buchpreisungebundenen Ländern (USA, Großbritannien) sammelt sie kulturelle und ökonomische Argumente für und gegen die Buchpreisbindung. Diesem ersten Grundlagenteil (S. 35–82) folgt eine genaue Darstellung des deutschen Buchpreisbindungsgesetzes (S. 82–148). Anschließend wird das Gesetz auf seine verfassungsrechtliche Vereinbarkeit mit dem deutschen Grundgesetz untersucht (S. 149–177; insbesondere Kompetenzgrundlage und Grundrechtskonformität). Die Autorin sieht jedenfalls keine Verfassungswidrigkeit.

Der letzte große Teil behandelt die Vereinbarkeit des Buchpreisbindungsgesetzes mit dem Recht der EU (S. 179–243). Dabei wird auch die bisherige relevante Rechtsprechung des EuGH genau angeführt. Es gab bereits eine Reihe von Verfahren, die buchpreisbindungsrelevante Sachverhalte zum Gegenstand hatten (Belgien/Niederlande, Großbritannien/Irland, Frankreich betr.). Weiters geht auch den – nun aktuellen – Fragen nach, ob das deutsche Buchpreisbindungsgesetz mit dem Zielgefährdungsverbot und der Warenverkehrsfreiheit vereinbar ist. Ohne an dieser Stelle auf Details eingehen zu wollen: Ihr Gesamtergebnis ist positiv. Allein die Importklausel (Letztabnehmerpreisunterschreitungsverbot des Importeurs, Ausnahme davon nur bei außergewöhnlichen Einkaufsvorteilen) verletze ihrer Meinung nach die Warenverkehrsfreiheit nach Art. 28 EG. Ob sich der EuGH diese Ansicht für die österreichische Regelung zu Eigen macht, wird man vielleicht schon nächstes Jahr wissen. Die Vorabentscheidung wird jedenfalls zentrale Bedeutung für den weiteren Bestand des Buchpreisbindungssystems haben.

Josef Pauser, Wien

- 1 OGH 13.11.2007, 4Ob172/07h; wbl 2008/20 = ecolex 2008/55 = MR 2007, 393; Vorabentscheidungsersuchen des Obersten Gerichtshofs (Österreich) eingereicht am 29. November 2007 – Fachverband der Buch- und Medienwirtschaft gegen LIBRO Handelsgesellschaft mbH (Rechtssache C-531/07) Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften 2008/C 37, S. 14f.